



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Am Justizzentrum 7 · 50939 Köln

LobbyControl Berlin
030-275 83 911
presse@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Pressemitteilung vom 22.07.2016

Gesetzentwurf für ein Lobbyregister: LobbyControl und abgeordnetenwatch.de fordern zur Diskussion auf

Die Organisationen Abgeordnetenwatch.de und LobbyControl haben heute einen Entwurf für ein Gesetz zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters veröffentlicht. Der Gesetzentwurf kann im Internet kommentiert werden. Im Herbst wollen die Organisationen eine überarbeitete Version vorstellen, die bis dahin eingereichte Verbesserungsvorschläge und Kritik berücksichtigt. Ziel ist es, rechtliche Bedenken auszuräumen und die Politik mit einem konkreten Vorschlag zum Handeln zu bewegen.

Timo Lange von LobbyControl: "Lobbyismus vollzieht sich in Deutschland immer noch weitgehend im Dunkeln. Das muss sich ändern. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir neuen Schwung in die Debatte um Lobbytransparenz bringen und zeigen, was rechtlich möglich wäre. Auf Grundlage des detaillierten Entwurfs lässt sich aus verschiedenen Blickwinkeln sachlich diskutieren – das war bei diesem Thema bisher oft schwer. Wir freuen uns auf die Kommentare aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik."

Roman Ebener von Abgeordnetenwatch: "Der Bundestag hat es versäumt, nach der Debatte um die Lobby-Hausausweise den nächsten Schritt zu gehen und endlich mehr Transparenz beim Lobbyismus zu schaffen. Als Bürgerinnen und Bürger wollen wir wissen, wer in Berlin in wessen Auftrag, mit welchen Zielen und Mitteln Lobbyarbeit betreibt. Dafür brauchen wir ein Lobbyregister. Wir laden alle Interessierten ein, unseren Vorschlag zu diskutieren."

Der Gesetzentwurf ist online zu finden unter: www.lobbyregister.org

Kontakt:

Timo Lange, presse@lobbycontrol.de, 030-275 83 911

Roman Ebener, ebener@abgeordnetenwatch.de, 040-317 69 10 35

Hintergrund

Verpflichtende Lobbyregister gibt es inzwischen in vielen Ländern, darunter Kanada, Irland, Österreich und die USA. In Deutschland existiert lediglich eine Liste der beim Bundestag akkreditierten Verbände. Unternehmen, Anwaltskanzleien und Lobbyagenturen können sich dort nicht eintragen. Bisher wird ein Lobbyregister vor allem von CDU und CSU abgelehnt. SPD, Grüne und Linke haben sich für ein Lobbyregister ausgesprochen. In einer von LobbyControl und Campact in Auftrag gegebenen repräsentativen Emnid-Umfrage im vergangenen Herbst sprachen sich 78 Prozent der Befragten für ein verpflichtendes Lobbyregister aus.